

Bundesverband Deutscher Milchviehhalter e.V.  
Herrn Johannes Fritz  
Gutenbergstraße 7-9  
85354 Freising

Freie Demokratische Partei  
Landesverband NRW

**Johannes Vogel**  
Generalsekretär  
Mitglied des FDP-Bundesvorstands

Wolfgang-Döring-Haus  
Sternstraße 44  
40479 Düsseldorf

Fon 0211. 49 70 9-51  
Fax 0211. 49 70 9-35

johannes.vogel@fdp.de  
www.fdp.nrw

Düsseldorf, 4. Mai 2017

Sehr geehrter Herr Fritz,

haben Sie vielen Dank für Ihr Schreiben vom 7. April und die Übermittlung Ihrer Wahlprüfsteine anlässlich der bevorstehenden Landtagswahl in NRW. Gerne antworte ich Ihnen im Namen der Freien Demokraten.

### **Zu Ihrer Frage 1**

Wir Freie Demokraten erteilen Instrumenten wie einer zeitlich begrenzten entschädigungslosen EU-weiten Mengenreduzierung für Milch und damit einer Rückkehr zur Milchquote eine klare Absage. Stattdessen wollen wir den Betrieben der Land- und Forstwirtschaft die Einrichtung einer steuerbefreiten Risikoausgleichsrücklage ermöglichen, damit sie eigenverantwortlich und selbstbestimmt für die branchentypischen Krisen der „Werkbank unter freiem Himmel“ vorsorgen können. Somit werden sie unabhängiger von teuren öffentlichen Liquiditäts- und Rettungsprogrammen.

### **Zu Ihrer Frage 2**

Damit alle Akteure der Agrarwirtschaft in Zukunft von der positiven Gesamtentwicklung der Branche profitieren können, ist eine funktionierende marktwirtschaftliche Preisbildung in der gesamten Wertschöpfungskette des Lebensmittelhandels – vom Hof bis zum Warenregal – entscheidend. Die jüngsten Preiskrisen der Branche haben zudem gezeigt, dass ein fairer Wettbewerb unentbehrlich ist. Die Marktmacht auf dem Milchmarkt zwischen Molkereien und Milchbauern ist nach wie vor erheblich zulasten der Milcherzeuger verteilt. Lange Vertragslaufzeiten und die ausschließliche Andienungspflicht verhindern einen Molkereiwechsel und Anreize für höhere Milchabnahmepreise.

Wir Freie Demokraten begrüßen den Vorstoß des Bundeskartellamts. In den vergangenen drei Jahren haben zehn Prozent der Milchviehbetriebe ihre Haltung aufgegeben. Wir halten es für dringend geboten, die Molkereien stärker in die Pflicht zu nehmen, um die Phase der dauerhaften Niedrigpreise zu beenden und die Existenz der Milchbauern mit angemessenen Preisen sichern zu können. Wir wollen die weiteren politischen Einmischungen in die wichtige Arbeit der Kartellbehörden unterbinden. Die kartellrechtliche Missbrauchsaufsicht sowie die Fusionskontrolle müssen gestärkt und die

**Bankverbindung:**  
Deutsche Bank AG Düsseldorf  
IBAN: DE83 3007 0024 0612 0026 00  
BIC: DEUTDE33

Ministererlaubnis abgeschafft werden. Mit einer Reform des Genossenschaftsrechts wollen wir die starren Lieferbeziehungen zwischen Genossenschaften und Erzeugern modernisieren und die innergenossenschaftliche Demokratie stärken.

### **Zu Ihrer Frage 3**

Kurzfristig setzen wir uns im Rahmen der Gemeinsamen Agrarpolitik der Europäischen Union für die Beibehaltung des bewährten Fördersystems aus erster und zweiter Säule in der bisherigen Gewichtung ein. Weiteren Umschichtungen zulasten der Planungssicherheit für die landwirtschaftlichen Unternehmerinnen und Unternehmer stellen wir uns entgegen. Langfristig ist die bestehende Förderpraxis in der Europäischen Union zu überdenken und ggf. durch effizientere Modelle zu ersetzen. Die nationale Umsetzung der Greening-Vorgaben ist mit Blick auf Praktikabilität und Bürokratie weiterhin kritisch zu überprüfen. Für eine stärkere Förderung der ersten Hektare müsste sichergestellt sein, dass sie praxisgerecht umgesetzt werden kann und nicht zu Mitnahmeeffekten durch künstliche Betriebsteilungen führt.

### **Zu Ihrer Frage 4**

Unser Leitbild ist eine unternehmerische Landwirtschaft. Wir Freie Demokraten stehen für eine zukunfts- und marktorientierte Landwirtschaftspolitik. Die Betriebe leisten einen elementaren Beitrag zum Erhalt und der Pflege unserer Kulturlandschaft sowie des ländlichen Raums. Landwirte brauchen eine Agrarpolitik, die ihnen eine flächendeckende, leistungsfähige Nahrungsmittelerzeugung bei gleichzeitiger möglichst weitgehender Schonung der Ressourcen ermöglicht sowie unternehmerische Freiheit und Eigeninitiative stärkt.

Wir setzen uns dafür ein, dass Landwirte wieder ein auskömmliches Einkommen erhalten und ihre gesellschaftlichen Leistungen anerkannt werden. Die Agrarinvestitionsförderprogramme wollen wir in den Ländern bei der Verteilung der Mittel aus der zweiten Säule stärker gewichten und entbürokratisieren, um Investitionen in moderne Tierhaltungssysteme und Stallbauten zu fördern. Bei der Ausgleichszulage für benachteiligte Gebiete streben wir im Sinne unseres Leitmotivs „Schützen durch Nützen“ und in Ergänzung zur flächenbezogenen Förderung einen Zuschlag für die Haltung von Raufutterfressern an, um in Mittelgebirgslandschaften, Steillagen und Berggebieten einen fairen Gemeinwohlausgleich für die Offenhaltung der Kulturlandschaften zu bieten.

### **Zu Ihrer Frage 5**

Eine freiwillige Kennzeichnung ist bereits heute möglich. Wir Freie Demokraten sehen in der verpflichtenden Kennzeichnung keinen Mehrwert für den Verbraucher. Regulierung beugt nicht mutwilligen Straftaten vor. Dagegen helfen nur konsequente Kontrollen und Umsetzung von existierenden Regeln, wie der Pferdefleischskandal vor einigen Jahren gezeigt hat. Zudem macht die Kennzeichnungspflicht Produkte unnötig teurer. Eine Untersuchung der EU-Kommission hat gezeigt, dass Verbraucher nicht bereit sind, eine solche Verteuerung in Kauf zu nehmen.

**Zu Ihrer Frage 6**

Die Novellierung des Düngerechts in Deutschland wird auf der Basis eines noch immer nicht repräsentativen deutschen Nitratmessnetzes durchgeführt. Statt individuelle Maßnahmen dort umzusetzen, wo es wirklich Probleme mit einer steigenden Nitratkonzentration im Grundwasser gibt, wird den landwirtschaftlichen Betrieben zusätzlicher finanzieller und bürokratischer Aufwand in erheblichem Umfang aufgebürdet. Experten gehen von mehreren Milliarden Euro pro Jahr aus. Gleichzeitig erschließt sich Fachleuten auf den ersten Blick, dass viele der neuen Regelungen (zum Beispiel das Verbot der Strohausgleichsdüngung im Herbst bei bestimmten Früchten) keinerlei zusätzlichen Nutzen für den Wasserschutz bringen. Damit zukünftig der Nitratgehalt des Grundwassers in der EU vergleichbar ist, bedarf es zunächst der Entwicklung eines einheitlichen repräsentativen europaweiten Nitratmessnetzes auf wissenschaftlicher Grundlage ohne Beeinflussung durch die Politik.

Darüber hinaus fordern wir Freie Demokraten ein praxisgerechtes Düngerecht, das die Umwelt schützt und unnötige Bürokratie vermeidet. Der Grundsatz einer bedarfs- und standortgerechten Nährstoffversorgung der landwirtschaftlichen Kulturen muss auch in Zukunft der Maßstab der Düngung bleiben. Wo es wirklich Probleme gibt, zum Beispiel in Regionen mit zu hohem Gülleaufkommen, muss das vorherrschende Ziel darin bestehen, den Transport vorhandener wertvoller Wirtschaftsdüngermengen in Ackerbauregionen zu fördern, damit es durch die gleichzeitige Einsparung von mineralischem Dünger insgesamt zu positiven Umwelteffekten kommt.

Mit freundlichen Grüßen

